
FDP KV Gießen

FDP DISKUTIERT WEHRPFLICHT, NATO UND HYBRIDE BEDROHUNGEN

20.02.2026

Sicherheitspolitik ist zurück im Zentrum der politischen Debatte – und sie ist längst kein abstraktes Expertenthema mehr. Unter dem Titel „Welt in Aufruhr – Sicherheit neu denken?“ hatte die FDP Gießen in das Forum der Volksbank Mittelhessen eingeladen. Rund zwei Stunden diskutierten dort hochrangige Vertreter aus Militär, Wissenschaft und Politik über die veränderte Weltordnung, die Rolle der NATO, die Zukunft der Bundeswehr und die Frage einer möglichen Wehrpflicht.

Auf dem Podium saßen der ehemalige Inspekteur des Heeres, Generalleutnant a. D. Alfons Mais, der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thomas Jäger von der Universität zu Köln sowie Alexander Müller, Generalsekretär der FDP Hessen und früherer verteidigungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dennis Pucher, Kreisvorsitzender der FDP Gießen.

Sicherheitspolitik als neue Realität

Pucher eröffnete den Abend mit einem augenzwinkernden Hinweis auf den Veranstaltungsort: Das Volksbankforum sei „zumindest ein sicherer Ort des Geldes“ – ein passender Rahmen für eine Diskussion über Stabilität und Sicherheit in unsicheren Zeiten. Der Vorstandssprecher der Volksbank Mittelhessen, Dr. Lars Witteck, begrüßte die Gäste und betonte, dass sicherheitspolitische Fragen heute mit wirtschaftlicher Stabilität unmittelbar verbunden seien. Themen, die „vor fünf Jahren noch undenkbar gewesen wären“, müssten nun offen diskutiert werden.

Den inhaltlichen Auftakt machte Prof. Jäger mit einem Impuls zur internationalen Lage nach der Münchner Sicherheitskonferenz. Er widersprach der häufig bemühten These von einer „Unordnung“ der Welt. „Überall wird geherrscht – es gibt keine Unordnung im eigentlichen Sinne“, sagte Jäger. Vielmehr befinde sich die liberale Globalisierung in einer

Phase permanenter Neuverhandlung. Globale Ordnungsmacht seien derzeit vor allem die USA und China.

Zwischen Multipolarität und Abschreckung

Alfons Mais zeichnete ein differenzierteres Bild. Von einer klaren Bipolarität könne man noch nicht sprechen, allerdings entwickle sich die Welt in diese Richtung. Zugleich nehme die Fragmentierung zu. Akteure wie Russland oder der Iran seien strategisch nicht zu unterschätzen – sei es durch nukleare Fähigkeiten oder die Kontrolle zentraler Handelsrouten.

Besonders intensiv diskutiert wurde die Rolle der USA innerhalb der NATO. Die politische Unzuverlässigkeit Washingtons liege „wie ein Schatten über dem Bündnis“, hieß es aus dem Publikum. Mais machte deutlich, dass eine glaubwürdige nukleare Abschreckung ohne die Vereinigten Staaten derzeit kaum vorstellbar sei. Jäger räumte ein, dass autoritäre Tendenzen in der US-Innenpolitik das transatlantische Verhältnis belasteten, plädierte jedoch für Realismus: Europa müsse mit der jeweiligen amerikanischen Regierung arbeitsfähig bleiben.

Wehrpflicht: Symbol oder Notwendigkeit?

Im zweiten Themenblock rückte die deutsche Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt. Dabei entwickelte sich insbesondere die Frage nach einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht zu einem kontroversen Diskussionspunkt.

Mais verwies auf strukturelle Herausforderungen. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht sei organisatorisch anspruchsvoll und militärisch nicht allein entscheidend. Moderne Streitkräfte benötigten hochqualifiziertes Personal und langfristige Bindung. Jäger stellte die strategische Signalwirkung in den Vordergrund: Eine Wehrpflicht könne innenpolitisch Integrationskraft entfalten, müsse aber sicherheitspolitisch begründet sein und dürfe nicht allein symbolisch wirken.

Alexander Müller betonte die Notwendigkeit einer ehrlichen Debatte. Es gehe nicht um Nostalgie, sondern um Verteidigungsfähigkeit. Entscheidend sei die Frage, wie ausreichend Personal gewonnen und gesellschaftliche Verantwortung organisiert werden könne – ob durch Wehrpflicht, ein neues Reservistenmodell oder attraktivere freiwillige Dienste.

Hybride Bedrohungen und Resilienz

Im dritten Block weitete sich der Blick auf hybride Kriegsführung. Cyberangriffe, Desinformation und die Verwundbarkeit kritischer Infrastruktur seien längst Teil moderner Konflikte. Sicherheit bedeute heute auch Schutz von Stromnetzen, Datenleitungen und Lieferketten.

Einigkeit herrschte darin, dass Demokratien besonders aufmerksam sein müssten. Offene Gesellschaften seien verwundbar – zugleich aber durch Transparenz und gesellschaftliche Teilhabe langfristig resilienter.

Offene Debatte mit dem Publikum

Über ein digitales Beteiligungstool konnten die Besucher Fragen einreichen, die zum Abschluss aufgegriffen wurden. Dabei ging es unter anderem um die europäische Verteidigungsunion, die Finanzierung der Bundeswehr sowie die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit.

Zum Ende der Diskussion baten Moderator Pucher die Gäste um ein zugespitztes Fazit. Die zentrale Botschaft: Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Deutschland müsse strategische Klarheit entwickeln, Verantwortung übernehmen und seine Verteidigungsfähigkeit nachhaltig stärken.

Foto: Enrico Schierer